

„Spart doch den Carstensen ein!“



Zum Wintersemester 2011/2012 sollen keine neuen Studenten für das Fach Medizin mehr aufgenommen werden.

Foto: LUTZ ROESSLER

Die Sparpläne der Landesregierung stoßen auf Kritik. Vor allem das Aus für das Medizin-Studium an der Lübecker Uni weckt den Widerstand der Bürger. Wir veröffentlichen einige der Briefe, die Leser uns zu diesem Thema geschickt haben.

„Die Landesregierung ist für das Wohlergehen der Bürger im ganzen Land verantwortlich und nicht nur für die Häuseransammlung an der Förde. Durch die ständige einseitige Konzentration auf Kiel ohne realen Hintergrund blutet der Rest des Landes immer mehr aus. Mit dem Medizinstudium ist halt der Name Lübeck verbunden und nicht Kiel. Hier sollen aus niederen Gesichtspunkten gewachsene erfolgreiche Strukturen vernichtet und nicht zum ersten Mal der Standort Lübeck geschwächt werden. Ich hoffe, dass es extremen Widerstand gegen diesen Schwachsinn gibt. Andernfalls wäre zu überlegen, ob Lübeck sich nicht Hamburg anschließen sollte, um den ständigen Benachteiligungen einen Riegel vorzuschieben. Das Verhalten von Carstensen lässt den Wunsch nach einem Nordstaat aufkommen. Durch die Einsparung unnötiger sich selbst beweihräuchernder Regierungen werden nicht unerhebliche Mittel eingespart, die solche Schritte überflüssig machen.“

Siegfried Petter, Lübeck

„Bei den neuesten Sparvorschlägen der Landesregierung ist man an den Landwirt erinnert, der aus Kostengrün-

den die Ausgaben für das Saatgut spart.“

Walter von Zimmermann, Neustadt

„Gespart werden muss. Aber wie ernst die Versprechen der Politiker sind, sieht man daran, dass nun doch Bildung und Wissenschaft geopfert werden sollen, also die Zukunft unseres Landes. Spart doch den Carstensen und andere ein: Der künstliche Föderalismus kostet den Staat so unglaubliche Mengen Geld. Aber jedes „Reförmchen“ setzt nicht oben, sondern immer beim Steuerzahler ein.“

Hans W. Kuhlmann, Mölln

„Wer die Zukunft unseres Landes sichern will, muss endlich ernst machen mit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Der Landtag muss mit gutem Beispiel vorangehen: Jede Fraktion verzichtet freiwillig auf ein Viertel ihrer Abgeordneten. Ein alternativer Ansatz besteht darin, die Kosten für den Landtag auf 69 Abgeordnete festzuschreiben, also auf 23 Millionen Euro pro Jahr zu begrenzen. Ein Landtag, der energisch bei sich selbst beginnt, Einsparungen durchzusetzen, wird bei den Bürgern an Autorität gewinnen.“

Gerhard Gollnest, Güster

„Interessant finde ich immer wieder, mit was für Mitteln in Schleswig-Holstein und vor allem auch in Lübeck Bürger vergrault werden. Da gibt es einen Report über die Schulden Lübecks im Fernsehen und hier liest man dann, dass dieser Sender maßlos übertrieben habe und alles gar nicht so schlimm sei. Nein, es ist viel schlimmer! Denn anstatt in einem Land mit relativ geringer Infrastruktur auf Bildung zu setzen, wird bei den Kindern und Studierenden als erstes der Rotstift eingesetzt.“

Annika Paysen, Lübeck

„Manchmal wünsche ich mir, die Dänen hätten die Schlacht von Bornhöved 1226 gewonnen. Dann wäre Schleswig-Holstein heute dänisch bis zur Elbe, und wir hätten als Provinz wohl weniger finanzielle Probleme. Allen Wahlversprechen zum Trotz hat die Landesregierung den Rasenmäher in Gang gesetzt, und bei Bildung, Ausbildung und Kultur soll gekürzt werden. Die medizinische Ausbildung in Lübeck komplett zu beerdigen, ist schlicht kurzsichtig. Es bleibt zu hoffen, dass das Geschütz absichtlich weit übers Ziel hinaus gehalten wurde, um dasselbe bei dem

einsetzenden Gegenwind noch sicher zu erreichen.“

Thomas Pfadt, Lübeck

„Es wurde Zeit, dass die Politik unpopulären Sparwillen zeigt. Neben berechtigter Kritik (Uniklinik) zeigen erste Reaktionen auch Anerkennung. Aus meiner Sicht jedoch müssen Wiegard und Carstensen noch mehr Mut beweisen. Jetzt ist die Stunde, eine Verkleinerung des Parlaments, besser noch einen Nordstaat, anzustoßen. Außerdem müssen Wahlgeschenke eingesammelt werden, etwa die Mehrwertsteuersenkung für das Hotelgewerbe. Ohne solche mutigen Schritte bleibt der unangenehme Geruch einer Klientelpolitik erhalten.“

Holger Boettcher, Stockelsdorf

„Wieder einmal sind unsere Kinder dran: Kita-Geld und Schülerbeförderung werden gestrichen. Viel effektiver wär's, einfach die Schulpflicht abzuschaffen – oder gleich das Kinderkriegen zu verbieten. Das Blindengeld zu kürzen, soviel Niedertracht gegenüber Wehrlosen hätte ich noch nicht einmal PHC und seinen Kumpanen zugeutraut!“

Michael Stolze, Niendorf

„Wer so, wie unser Ministerpräsident den gerechten Landesvater spielt, sollte auch die Wahrheit sagen. In Sachen Landesblindengeld zumindest können das Betroffene beurteilen. Schleswig-Holstein wird mit der 50-prozentigen Kürzung dieses wichtigen Nachteilsausgleichs entgegen Carstensen's Bemerkung sehr wohl das Schlusslicht aller Bundesländer sein. Obendrein erdreistet er sich zu behaupten, blinde Menschen lägen ihm am Herzen, weshalb man ja nicht alles gestrichen hätte. Dieses Gemenge von Lüge und vorgetäuschem Mitleid ist an Heuchelei kaum zu überbieten.“

Regine Planer-Regis, Berkenthin (Klöntreff Ratzeburg für Menschen mit Sehbehinderung)

„Wie Carstensen zugunsten von Kiel die anderen Großstädte seines Landes benachteiligt, ist nicht zu begreifen. Eigentlich sollte er doch Verantwortung für das ganze Land tragen. Wenn der Lübecker Uniklinik eine Milliarde Euro für Investitionen fehlt, wie will Carstensen die Klinik dann an einen Investor verkaufen? Er könnte sie höchstens verschenken. Ein Rat für Carstensen: Verschenke ganz Lübeck an Mecklen-

burg, dann bist du alle Sorgen los.“

Horst Westphal, Lübeck

„Vielleicht sollte die Stadt Lübeck um Asyl in Mecklenburg-Vorpommern bitten. Da hat man auch Euroimmunschon mit offenen Armen aufgenommen.“

Klaus Holten, Lübeck

„Im Armenhaus Schleswig-Holstein soll gespart werden! Und der Ministerpräsident ist sogar stolz darauf, dass er dieses endlich begriffen hat. Was er offensichtlich nicht begriffen hat, dass er am falschen Ende sparen will. Schleswig-Holstein ist traditionell ein strukturschwaches Land mit nur zwei Großstädten, Kiel und Lübeck. Das Land braucht die wissenschaftliche Wertschöpfung. Mit den vorhandenen Universitäten und durch zahlreiche außeruniversitäre Forschungsinstitute verfügt das Land über eine anerkannt hohe Wissenserzeugung, die unbedingt erhalten bleiben muss. Wer ernsthaft Sparmöglichkeiten für Schleswig-Holstein auslotet, muss endlich bereit sein, die Fusion norddeutscher Länder voranzubringen!“

Klaus Peter Mielke, Bad Schwartau